



Stadtsparkasse Wermelskirchen

Jahresabschluss 2016

und Lagebericht des Vorstandes

Jahresabschluss 2016

Stadtsparkasse Wermelskirchen

Anstalt des öffentlichen Rechts
Handelsregister Köln, HRA 15991

Gegründet 1877

140. Geschäftsjahr

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist Mitglied des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes in
Düsseldorf und über diesen dem Deutschen
Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin/Bonn,
angeschlossen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Wermelskirchen.

Lagebericht

GRUNDLAGEN DER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER SPARKASSE

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger der Sparkasse ist die Stadt Wermelskirchen. Die Grundlage für die Geschäftstätigkeit der Sparkasse bilden der im Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG) festgeschriebene öffentliche Auftrag der Sparkasse sowie das Regionalprinzip. Die Sparkasse ist Mitglied im Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV).

Die Schwerpunkte unseres Geschäftes liegen unter Beachtung des Regionalprinzips und öffentlichen Auftrags im Anlage- und Finanzierungsgeschäft mit Privat- und Firmenkunden. Dabei steht das bilanzwirksame Geschäft, ergänzt durch die Produkte unserer Verbundpartner, im Fokus. Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Eigenanlagen der Sparkasse.

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist Mitglied des Sparkassenstützungsfonds des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe besteht aus insgesamt 13 eigenständigen Sicherungseinrichtungen. Gemeinsam nehmen sie die Aufgabe wahr, die Zahlungsfähigkeit der Mitgliedsinstitute bei absehbaren oder bestehenden Schwierigkeiten zu sichern. Das Sicherungssystem besteht im Einzelnen aus:

- elf regionalen Sparkassenstützungsfonds,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Sollte ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wird es vom jeweiligen Fonds gestützt. Damit werden jederzeit die Liquidität und Solvenz der Institute gewährleistet. Alle Sicherungsfonds sind in einem bundesweiten Haftungsverbund zusammengeschlossen. In Abhängigkeit von den notwendigen Aufwendungen stehen dadurch in einem Stützungsfall sämtliche Mittel aller Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung.

Die Funktion der Sparkassenzentralbank und Girozentrale nimmt die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) wahr.

WIRTSCHAFTSBERICHT

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2016 um real 1,9 % und damit in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr (+1,7 %). Nach Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 0,7 % und 0,5 % im ersten Halbjahr verlief das zweite Halbjahr mit Zuwächsen von 0,1 % und 0,4 % etwas schwächer.

Positive Wachstumsimpulse kamen im vergangenen Jahr vor allem von den Konsumausgaben, die allein 1,8 %-Punkte zum BIP-Wachstum beitrugen. Obwohl der staatliche Konsum (+4 %) noch deutlicher ausgeweitet wurde als der private Konsum (+2 %), leistete letzterer mit 1,1 %-Punkten einen höheren Wachstumsbeitrag, was auf das größere Volumen des privaten Konsums zurückzuführen ist. Insgesamt trugen im vergangenen Jahr – wie bereits im Vorjahr – alle Verwendungskomponenten zum BIP-Wachstum bei, bis auf die schwankungsanfälligen und weniger aussagekräftigen Vorratsinvestitionen, die das Wachstum um -0,2 %-Punkte drückten. Einen ebenfalls leicht negativen Einfluss hatte der Außenbeitrag mit -0,2 %-Punkten. Die Bruttoanlageinvestitionen trugen mit 0,5 %-Punkten wie bereits in den beiden Vorjahren positiv zum Wachstum bei. Nach einem schwachen Jahr 2015 (+0,3 %) für Bauinvestitionen ging es für diese in 2016 wieder kräftig nach oben mit einem Plus von 3,0 %. Vor allem im Wohnungsbau nahm die Bautätigkeit kräftig zu (+4,2 %), im Vorjahr lag das Plus bei nur 1,5 %. Bei den Ausrüstungsinvestitionen hingegen wurde der gute Wert des Vorjahres (+3,7 %) verfehlt und lediglich ein Wachstum von 1,1 % verzeichnet.

Die privaten Konsumausgaben wurden in 2016 wie bereits im Vorjahr um 2,0 % ausgeweitet. Einen höheren Zuwachs hatte es zuletzt im Jahr 2000 gegeben (+2,1 %). Die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation wirkte wie in den Vorjahren konsumfördernd. Darüber hinaus spielte sicherlich das niedrige Zinsniveau eine wichtige Rolle, das eine alternative Erhöhung der Sparleistung unattraktiv erscheinen lässt. Die Sparquote blieb auf dem Niveau des Vorjahres (9,7 %).

Lagebericht

Das Volkseinkommen ist 2016 um 3,3 % gestiegen und somit etwas schwächer als 2015 (3,8 %). Dabei nahmen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+3,0 %) schwächer zu als die Arbeitnehmerentgelte (+3,5 %). Nach einem kräftigen Plus von 3,1 % im Vorjahr legte das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in 2016 nochmals deutlich um 2,8 % zu.

Die staatlichen Konsumausgaben wurden im vergangenen Jahr mit einem Plus von 4,0 % deutlich ausgeweitet (Vorjahr +2,7 %). Trotz der Ausgabensteigerungen erzielte der staatliche Sektor (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in 2016 zum dritten Mal in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Dieser belief sich auf 23,7 Mrd. € und war somit absolut gesehen der höchste Überschuss, den der Staat seit der deutschen Wiedervereinigung erzielt hat. Der Außenhandel nahm in 2016 weiter zu. Da aber die deutschen Exporte mit 2,6 % weniger stark stiegen als die Importe, die um 3,7 % zunahmen, fiel der Außenbeitrag, d.h. der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, negativ aus (-0,2 %).

Der langanhaltend positive Trend auf dem deutschen Arbeitsmarkt setzte sich auch im vergangenen Jahr fort. Wie die Bundesagentur für Arbeit bekannt gab, erreichte die Zahl der Erwerbstägigen im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand. Im Jahresdurchschnitt waren 43,5 Millionen Menschen in Deutschland erwerbstätig, über 400.000 bzw. 1 % mehr als in 2015. Insgesamt waren im Dezember nach hochgerechneten Angaben 31,88 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 735.000 mehr als ein Jahr zuvor. Wie schon in den Vorjahren hat dabei die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärker zugenommen als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Im vergangenen Jahr betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 6,1 % (2015: 6,4 %). Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Jahresdurchschnitt wie bereits im Vorjahr um etwas mehr als 100.000 reduziert.

Eine Trendwende hat es im vergangenen Jahr möglicherweise bei der allgemeinen Preisentwicklung gegeben. In 2016 lag die Inflationsrate mit einem Plus von 0,5 % nochmals sehr niedrig, aber erstmals seit 2011 wieder leicht über dem Wert des Vorjahres (+0,3 %). Deutlicher als der Jahresdurchschnitt fiel jedoch die Preissteigerung im Jahresverlauf aus. Nachdem die Preisdynamik im ersten Halbjahr mit Werten zwischen -0,1 % und +0,5 % noch gering ausfiel, wurden im Herbst Preissteigerungen von +0,7 % bzw. +0,8 % erreicht (jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat). Im Dezember führten deutlich gestiegene Energiepreise zu einer Inflationsrate von +1,7 % - eine höhere Rate hatte es zuletzt im Juli 2013 gegeben. Erneut war die Energiepreisentwicklung der wesentliche Bestimmungsfaktor für die Preisentwicklung. Energieprodukte verbilligten sich im Jahresdurchschnitt nochmals deutlich um 5,4 % gegenüber 2015. Nachdem sich jedoch die OPEC-Staaten das erste Mal seit 2008 auf eine Begrenzung der Rohölfördermengen geeinigt hatten, kehrte sich diese Entwicklung um und sorgte für den starken Preisanstieg zum Jahresende.

Die Europäische Zentralbank (EZB) senkte den Satz für Hauptfinanzierungsgeschäfte im Berichtsjahr um fünf Punkte auf 0 %. Der Einlagezins der EZB ist seit Juni 2014 negativ und betrug nach einer weiteren Reduzierung im Jahr 2016 -0,40 %. Korrespondierend reduzierten sich auch die negativen Sätze am Geldmarkt nochmals weiter. Die Kapitalmarktsätze waren gleichfalls von einem weiteren Rückgang geprägt und erreichten erneut ein historisch niedriges Niveau, wobei bspw. Bundeswertpapiere bis zu zehn Jahren Restlaufzeit zeitweise negative Renditen auswiesen. Der deutsche Aktienmarkt zeigte sich weiterhin volatil bei steigender Tendenz in der zweiten Jahreshälfte; der Deutsche Aktienindex (DAX) erreichte zum Jahresende seinen Höchststand mit rd. 11.500 Punkten. Das Jahrestief wurde im Februar 2016 mit etwa 8.800 Punkten erreicht.

BRANCHENBEZOGENE RAHMENBEDINGUNGEN

Nach der Analyse der Deutschen Bundesbank entwickelte sich die Ertragslage der deutschen Banken im Jahr 2015 robust. Der Zinsüberschuss als wichtigste Einnahmequelle der Kreditinstitute erhöhte sich durch Sondereffekte um 2,5 Mrd. € auf 95,9 Mrd. €. Der Ertrag aus dem klassischen zinsbezogenen Geschäft verringerte sich hingegen um 0,9 Mrd. € auf 78,1 Mrd. €. Die Institute mit klassischem Bankgeschäft litten darunter, dass sich die deutsche Zinsstrukturkurve weiter abflachte und nach unten verschob. Somit schlug sich das negative Zinsumfeld insbesondere bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken in einer rückläufigen Entwicklung der Zinsspanne nieder.

Wie in den Vorjahren war die Passivseite der Bankbilanzen von dem Aufbau kurz- sowie dem Abbau längerfristiger Einlagen charakterisiert. Zusätzlich haben die gestiegene Sparquote bei deutlich höheren verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie die Liquiditätsstärke der deutschen Unternehmen den anhaltenden Sichteinlagenaufbau begünstigt. Durch die mit der zunehmenden Konzentration auf täglich fällige Einlagenprodukte verbundene Laufzeitverkürzung auf der Passivsei-

Lagebericht

te werden immer mehr Kredite mit wesentlich längeren Zinsbindungsfristen kurzfristig finanziert. Besonders die im klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft tätigen Institute sind dadurch einem erhöhten bilanziellen Fristentransformationsrisiko ausgesetzt. Auf der Aktivseite kam es zu einer spürbaren Ausweitung der Kreditvergabe an Privatkunden, insbesondere für den Wohnungsbau.

Angesichts der Zinssituation kommt dem Provisionsergebnis als zweitwichtigster Ertragskomponente eine immer größere Bedeutung zu. Es verbesserte sich im Jahr 2015 im gesamten deutschen Bankensektor um ca. 1,2 Mrd. € auf 30,5 Mrd. €. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 5 % auf 90 Mrd. €. Maßgebliche Ursachen für die Kostensteigerungen waren Tariflohnnerhöhungen, der Mehraufwand für die Erfüllung neuer regulatorischer Vorgaben und die erstmals nach neuen europäischen Vorgaben erhobene Bankenabgabe. Die historisch niedrigen Kosten für die Kreditrisikovorsorge stützten die Ertragslage der Kreditinstitute. Die Widerstandsfähigkeit des deutschen Bankensektors beurteilt die Deutsche Bundesbank durch die in den letzten Jahren deutlich verbesserte Eigenkapitalausstattung aktuell als hoch.

Die Bilanzsumme der Sparkassen nahm im Jahr 2016 um 2,4 % zu. Bei den Kundeneinlagen war ein Wachstum von 3,3 % zu verzeichnen. Ein wesentlicher Anteil am Zuwachs entfällt auf die Einlagen von Privatpersonen, die mit 4,3 % gewachsen sind, vor allem bei den Sichteinlagen. Die Kundenkredite nahmen trotz zinsbedingter vorzeitiger Tilgungen insgesamt um 3,2 % zu. Während der Bestand der Kredite an Unternehmen und Selbständige um 4,6 % ausgeweitet werden konnte, lag der Bestandszuwachs bei den Krediten an Privatpersonen bei 2,7 %. Als wichtigste Ertragskomponente sank der Zinsüberschuss – bedingt durch das Niedrigzinsniveau – um 3,7 %. Der Rückgang konnte durch den Anstieg des Provisionsüberschusses um 3,1 % teilweise kompensiert werden. Der Verwaltungsaufwand ging vor allem durch den verringerten Personalaufwand um 0,8 % zurück. Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag in 2016 mit 10,4 Mrd. € um 4,1 % unter dem Vorjahresniveau. Vor dem Hintergrund eines anhaltend günstigen Bewertungsergebnisses waren die Sparkassen in der Lage, 4,4 Mrd. € in die Vorsorgereserven zu überführen.

Neben den gravierenden Auswirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die Ertragslage der Kreditinstitute wirken sich auch die Umsetzung und Anwendung der neuen aufsichtsrechtlichen Eigenkapital-, Liquiditäts- und Meldeanforderungen auf die Erträge und Aufwendungen der Institute aus. Die Anforderungen beschränken einerseits teilweise die Geschäftstätigkeit von Kreditinstituten, andererseits haben sie Auswirkungen auf die Kostensituation der Institute.

GESCHÄFTSVERLAUF UND DARSTELLUNG DER GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Insgesamt hat sich der Geschäftsverlauf der Stadtsparkasse Wermelskirchen im Berichtsjahr günstig entwickelt. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 17,1 Mio. € bzw. 2,6 %. Das Geschäftsvolumen stieg um 20,7 Mio. € bzw. 3,1 %. Die Bilanzsummenerhöhung sowie die Ausweitung des Geschäftsvolumens sind vorrangig auf den Zuwachs der Kundenkredite zurückzuführen. Den Geschäftsverlauf der Sparkasse im Jahr 2016 veranschaulicht die folgende Übersicht anhand einiger wesentlicher Daten:

Lagebericht

	2014 Mio. €	2015 Mio. €	2016 Mio. €
Bilanzsumme	640,6	647,7	664,8
Eventualverbindlichkeiten	10,9	10,2	8,3
Unwiderrufliche Kreditzusa- gen	15,5	17,9	23,4
Geschäftsvolumen	667,0	675,8	696,5
<hr/>			
Forderungen an Kunden			
Kredite und Darlehen	435,9	437,0	459,7
Treuhandkredite	7,8	7,0	6,8
Summe	443,7	444,0	466,5
<hr/>			
Liquide Mittel			
Barreserve	10,0	11,9	9,5
Bankguthaben	6,0	15,4	6,1
Wertpapiere	169,6	165,3	171,2
Summe	185,6	192,6	186,8
<hr/>			
Einlagen von Kunden			
Spareinlagen	199,9	210,1	208,2
Sparkassenbriefe	45,4	36,2	30,8
Giro- und Termineinlagen	208,8	224,7	238,9
Summe	454,1	471,0	477,9
<hr/>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58,0	43,3	48,5

Zu den Geschäftsergebnissen im Einzelnen:

KREDITGESCHÄFT

Das Kreditgeschäft mit Privat- und Geschäftskunden zeigte sich im Berichtsjahr recht dynamisch. Die Gesamtausleihungen einschließlich der Treuhandkredite stiegen zum Bilanzstichtag um 22,5 Mio. €. Den Schwerpunkt des Kreditgeschäfts stellen mit 269,8 Mio. € die Kredite an Unternehmen und wirtschaftliche selbständige Privatpersonen, davon 101,5 Mio. € für den Wohnungsbau, dar. Auf Privatpersonen entfielen Kredite in Höhe von 179,2 Mio. €, die überwiegend für den Wohnungsbau bestimmt waren. Abweichend von dem im Vorjahr erwarteten Geschäftsverlauf hat sich das Kreditgeschäft günstiger entwickelt.

EIGENANLAGEN

Der Bestand an Eigenanlagen der Sparkasse in Wertpapieren erhöhte sich um 5,9 Mio. € auf 171,2 Mio. €, wobei der Zuwachs auf den Ausbau der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere zurückzuführen ist. Der Wert der Fondsanlagen blieb mit 42,8 Mio. € nahezu unverändert. Umwidmungen von Wertpapiereigenanlagen in das Anlagevermögen haben wir nicht durchgeführt.

BETEILIGUNGEN

Der Umfang der Beteiligungen erhöhte sich um 0,5 Mio. € auf 8,4 Mio. €. Der Zuwachs ist vorrangig auf die Teilnahme der Sparkasse an der Kapitalerhöhung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes zurückzuführen.

KUNDENEINLAGEN

Die Kundeneinlagen erhöhten sich insgesamt um 6,9 Mio. € bzw. 1,5 % auf 477,9 Mio. €. Wie im Vorjahr war ein kräftiger Zuwachs bei den täglich fälligen Einlagen (+25,8 Mio. €) auf 228,8 Mio. € zu

Lagebericht

verzeichnen. Hier „parkten“ die Kunden weiterhin erhebliche Beträge, um angesichts der Zinssituation flexibel zu bleiben. Der Bestand der Spareinlagen hat sich entgegen der Vorjahreserwartung leicht verringert. Der Rückgang von 1,8 Mio. € bzw. 0,9 % ist vor allem auf längerfristige Anlagen, die nach Fälligkeit in täglich fällige Einlagen überführt wurden, zurückzuführen. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus mieden Kunden weiterhin Festzinsprodukte wie Termineinlagen und Sparkassenbriefe. Hier reduzierten sich die Bestände um 11,6 Mio. € bzw. 5,4 Mio. € auf 10,1 Mio. € bzw. 30,8 Mio. €.

INTERBANKGESCHÄFT

Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 9,3 Mio. € auf 6,1 Mio. €. Es handelt sich dabei um aus Liquiditätsgründen unterhaltene kurzfristig verfügbare Guthaben sowie um längerfristige Engagements. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich auf 5,0 Mio. €, während die langfristigen Mittel, die der entsprechenden Refinanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen, mit 43,5 Mio. € nahezu konstant blieben. Das Interbankengeschäft spiegelt die kurzfristige Liquiditätsdisposition der Sparkasse wider. Bestandsschwankungen insbesondere der täglich fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten sind daher stichtagsbedingt.

NICHT BILANZWIRKSAMES KUNDENGESCHÄFT

Die Wertpapierumsätze stiegen um 7,5 % von 31,6 Mio. € auf 34,0 Mio. €. Der Bestand der von der Sparkasse vermittelten Wertpapiere betrug insgesamt 98,2 Mio. € nach 85,5 Mio. € im Vorjahr. Das Wertpapiergeschäft konnte damit nennenswert ausgebaut werden.

Das Vermittlungsgeschäft von Produkten der Verbundpartner der S-Finanzgruppe (Bausparverträge, Versicherungsverträge, Immobilien) hat sich insgesamt positiv entwickelt.

RÜCKLAGEN

Aus dem Gewinn der Sparkasse wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB 5,4 Mio. € zugeführt, der damit einen Bestand von 86,8 Mio. € ausweist. Der Bilanzgewinn des Vorjahrs von 0,1 Mio. € wurde in die Sicherheitsrücklage eingestellt, die somit 34,8 Mio. € beträgt. Insgesamt betragen die bilanziellen Rücklagen nunmehr 121,6 Mio. € (+ 5,5 Mio. €).

DARSTELLUNG UND ANALYSE DER LAGE

ERTRAGSLAGE

Der für die Gesamtrentabilität entscheidende Zinsüberschuss einschließlich laufender Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie Beteiligungen hat sich um 0,8 Mio. € oder 5,5 % auf 14,1 Mio. € vermindert. Der Rückgang resultiert aus einem stärkeren Rückgang der Zinserträge im Vergleich zum Rückgang der Zinsaufwendungen. Die Zinserträge und Zinsaufwendungen im Kundengeschäft verringerten sich trotz gestiegener Einlagen- und Kreditvolumina. Hier machte sich das nochmals gesunkene und extrem niedrige Zinsniveau bemerkbar. Der Provisionsüberschuss erhöhte sich um 0,3 Mio. € (+7,8 %) auf 4,6 Mio. € und stellte sich besser als erwartet dar. Die Mehreinnahmen entfallen vor allem auf das Vermittlungs- sowie das Wertpapiergeschäft.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 0,4 Mio. € auf 11,3 Mio. €. Der Anstieg entfällt sowohl auf den Personalaufwand (+0,4 %) als auch auf die weiteren Verwaltungsaufwendungen (+9,9 %). Bei den Personalaufwendungen schlugen die Kosten im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen zu Buche. Die Erhöhung der Sachaufwendungen resultiert aus der Bildung einer Rückstellung für zukünftige Beiträge zum Sparkassenstützungsfonds des RSGV. Die Sachaufwendungen lagen somit über den Planungen des Vorjahrs. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen lagen mit 0,5 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahrs.

Insgesamt lagen die Erträge (Gewinn- und Verlustrechnung, Positionen 1 bis 9) mit 19,6 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahrs. Der Geschäftsaufwand (Gewinn- und Verlustrechnung, Positionen 10 bis 12) sank um 0,8 Mio. € bzw. 6,4 % auf 12,3 Mio. €.

Lagebericht

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft betragen (nach Verrechnung mit Aufwendungen) 0,8 Mio. € (Vorjahr 1,2 Mio. €). Das Bewertungsergebnis wurde hauptsächlich von der Auflösung von Einzelwertberichtigungen sowie Zuschreibungen bei der Bewertung von Wertpapieren. Insbesondere das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft war günstiger als zu Beginn des Jahres erwartet wurde. Die Bewertung von Beteiligungen hatte keine nennenswerte Auswirkung auf das Jahresergebnis.

Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute betrieb die Sparkasse zusätzliche Risikovorsorge durch die weitere Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 5,4 Mio. € (Vorjahr 4,8 Mio. €).

Im Geschäftsjahr 2016 hat sich die Ertragslage der Sparkasse insgesamt auf einem guten Niveau gehalten. Die Ertragssituation wird auch anhand der wichtigsten Rentabilitätskennzahlen deutlich.

Kennzahl ¹	2014	2015	2016
Zinsspanne in % der DBS ²	2,26	2,12	1,98
Provisionsüberschuss in % der DBS	0,63	0,65	0,69
Verwaltungskosten in % der DBS	1,52	1,66	1,70
Cost-Income-Ratio ³ in %	50	61	59

Auf Basis des bundeseinheitlichen Betriebsvergleichs der Sparkassenorganisation betragen der Zinsüberschuss der Stadtsparkasse Wermelskirchen 2,07 % der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS), der Provisionsüberschuss 0,70 % und der Verwaltungsaufwand 1,60 % der DBS.

Der Steueraufwand lag mit 2,5 Mio. € um 0,3 Mio. € unter dem Vorjahr. Der Jahresüberschuss nach Steuern beträgt rund 112.000 € und liegt damit um rund 3.000 € unter dem Vorjahresergebnis. Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2016 beträgt 0,017 % (Vorjahr 0,018 %).

Die Rentabilität der Sparkasse ist damit – auch im Vergleich mit Sparkassen ähnlicher Größe – als gut zu bezeichnen. Das Ergebnis ermöglicht eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung.

FINANZLAGE

Der Sparkasse standen Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba zur Verfügung. Über das Offenmarktsystem der EZB hat die Sparkasse keine Refinanzierungsmittel aufgenommen. Die täglich verfügbaren Anlagen bei Kreditinstituten wurden aufgrund deren Unverzinslichkeit bzw. negativer Verzinsung zurückgeführt. Die Anforderungen gemäß § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Liquidität der Institute (LiqV) wurden eingehalten. Für die Sparkasse ergab sich zum Jahresende eine Liquiditätskennzahl von 1,7 (Vorjahr 1,8). Sie liegt damit deutlich über dem gesetzlich geforderten Mindestwert von 1,0. Im Jahresverlauf bewegte sie sich zwischen 1,7 und 1,9. Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin. Die Liquiditätsdeckungsquote (LCR) lag mit einem Wert von 180 % ebenfalls deutlich über dem bis Ende 2016 zu erfüllenden Mindestwert von 70 %. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr durch eine planvolle und ausgewogene Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Alle Zahlungsverpflichtungen wurden erfüllt. Angaben zur Steuerung der Liquiditätsrisiken enthält der Abschnitt LIQUIDITÄTSRISENI im CHANCEN- UND RISIKOBERICHT.

¹ Datenbasis: Gewinn- und Verlustrechnung, Abweichungen zum Betriebsvergleich der Sparkassen sind konzeptionell bedingt

² Durchschnittliche Bilanzsumme (2014: 645,8 Mio. €, 2015: 657,9 Mio. €; 2016: 664,6 Mio. €)

³ Aufwand/Ertrag-Relation: Aufwand pro 100 € Ertrag

Lagebericht

VERMÖGENSLAGE

Zum 31.12.2016 betrug die Sicherheitsrücklage 34,8 Mio. € (Vorjahr: 34,7 Mio. €). Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über weiteres umfangreiches Eigenkapital in Form des Fonds für allgemeine Bankrisiken, der im Berichtsjahr um 5,4 Mio. € auf 86,8 Mio. € aufgestockt wurde. Im Verhältnis zur Bilanzsumme beträgt das bilanzielle Eigenkapital zum 31.12.2016 5,2 % (Vorjahr: 5,4 %), unter Berücksichtigung des Fonds für allgemeine Bankrisiken 18,3 % (Vorjahr: 17,9 %). Die Gesamtkapitalquote nach Artikel 92 Abs. 2 CRR beträgt 27,1 % (Vorjahr: 28,3 %). Im Jahresverlauf bewegte sie sich zwischen 27,1 % und 28,7 %. Die Kernkapitalquote betrug zum 31.12.2016 26,2 % (Vorjahr 27,6 %). Damit überschreitet dieser Wert den vom Gesetzgeber bis Ende 2016 vorgeschriebenen Mindestwert von 8,625 % (einschließlich Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 10c KWG) sehr deutlich. Die Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung, auch unter Berücksichtigung zukünftig steigender Eigenmittelanforderungen, ist somit gegeben.

Die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Wermelskirchen ist trotz des rückläufigen Zinsüberschusses somit zusammenfassend als gut zu bezeichnen.

NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

PERSONAL- UND SOZIALBEREICH

Zum Jahresende beschäftigte die Sparkasse insgesamt

	128 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
davon	75 vollzeitbeschäftigte und
	40 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie
	13 Auszubildende.

Sechs Auszubildende beendeten ihre Ausbildung mit Erfolg, zwei übernahm die Sparkasse in das Angestelltenverhältnis. Im Jahr 2016 stellte die Sparkasse vier neue Auszubildende ein.

SPENDEN UND BÜRGERSTIFTUNG

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen und ihre Bürgerstiftung haben im vergangenen Jahr kulturelle, soziale und sportliche Aktivitäten mit insgesamt rund 45 Tsd. € (Vorjahr: 52 Tsd. €), davon rund 44 Tsd. € (Vorjahr: 50 Tsd. €) aus Mitteln der Stiftung, unterstützt und gefördert. Das Stiftungskapital beläuft sich unverändert auf 5 Mio. €.

Lagebericht

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

RISIKOMANAGEMENTZIELE UND –SYSTEM

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernaufgaben von Kreditinstituten. Als wesentliche Risiken hat die Sparkasse das Adressenausfall-, das Marktpreis-, das Liquiditäts-, das operationelle sowie das Beteiligungsrisiko eingestuft. Diese Risiken haben unmittelbar Auswirkung auf die Rentabilität sowie die Vermögens- und Liquiditätssituation der Sparkasse. Neben der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung ist ebenfalls die Beachtung gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen Gegenstand des Risikomanagements.

Voraussetzungen für die Steuerung und Messung der Risiken sind eine ausgeprägte aufbauorganisatorische Funktionstrennung zwischen den Marktbereichen, der Marktfolge und den einbezogenen Stabsbereichen sowie ein prozessintegriertes internes Kontrollsysteem. Durch eine dem Risikogehalt der Geschäfte angepasste Organisationsstruktur und mit der Umsetzung der von der Bankenaufsicht erlassenen Mindestanforderungen an das Risikomanagement werden die Risiken angemessen gesteuert. Mess- und Kontrollmechanismen sind hierbei von den ausführenden Marktbereichen organisatorisch getrennt.

Die Risikocontrollingfunktion obliegt dem Leiter der Abteilung Unternehmenssteuerung. Er ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und an allen Entscheidungen gemäß AT 4.4.1 Tz. 2 MaRisk zu beteiligen. Darüber hinaus ist eine Beteiligung bei allen Beschlüssen, die grundlegende Auswirkungen auf das Risikoprofil der Sparkasse haben, erforderlich. Risikoüberwachende Organisationseinheiten sind die Abteilung Unternehmenssteuerung sowie für den Bereich des Adressenausfallrisikos im Kundengeschäft auf Einzelkundenebene die Abteilung Kreditrisikomanagement. Darüber hinaus überwacht die Interne Revision unabhängig von den einzelnen Geschäftsbereichen alle relevanten Risiken. Die Risikosteuerung erfolgt im Wesentlichen durch den Vorstand auf der Grundlage regelmäßiger Risikoberichte der risikoüberwachenden Abteilungen. Als effektive Steuerungshandlungen betrachtet die Sparkasse darüber hinaus die intensive Bearbeitung ausfallgefährdeter Kreditengagements sowie präventive Maßnahmen der Abteilung Kreditrisikomanagement. Neben der Berichterstattung durch marktunabhängige Organisationseinheiten prüft die Interne Revision das Risikomanagementsystem und informiert den Vorstand direkt über ihre Prüfungsergebnisse.

Basierend auf einer vierteljährlichen Risikotragfähigkeitsberechnung betrachtet die Sparkasse bei der Risikosteuerung zwei Szenarien. Das „erwartete Risiko“ ist dabei ein Szenario, das aufgrund von Erfahrungswerten und/oder mathematisch-statistischen Analysen erwartet wird, wenn keine außergewöhnlichen externen oder internen Ereignisse eintreten. Das „unerwartete Risiko“ ist ein Szenario, das bei unerwarteten, aber möglichen externen oder internen Ereignissen eintreten kann.

Das Risikoprofil der Sparkasse leitet sich aus der in der Geschäfts- und Risikostrategie beschriebenen Geschäftsstruktur sowie der dort definierten Risikotoleranz der Geschäftsleitung ab. Die Risikotoleranz wird in Form von Risikolimiten, welche am Vermögen der Sparkasse orientiert sind, quantifiziert. Der Gesamtumfang der Risikolimite ist so bemessen, dass im Rahmen des Going-Concern-Ansatzes nach Vollauslastung der Limite ausreichende Risikopuffer verbleiben. Mit den Risikolimiten deckt die Sparkasse die erwarteten und unerwarteten Risiken in der periodischen Sichtweise 12 Monate rollierend ab. Risiken werden aggregiert dargestellt, mögliche Korrelationseffekte zwischen den Risikoarten bleiben unberücksichtigt. Neben den Standard-Szenarien „erwartetes Risiko“ und „unerwartetes Risiko“ werden weitere Stresszenarien simuliert, die teilweise risikoartenübergreifende Faktoren berücksichtigen, teilweise nur für einzelne Risikoarten durchgeführt werden. Der Vorstand und der Verwaltungsrat werden in vierteljährlichen Berichten über die Gesamtrisikolage informiert.

Zur Sicherung der Funktionsfähigkeit und der Wirksamkeit von Risikoüberwachungssystemen verfügt die Sparkasse über entsprechende Notfallkonzepte. Die Sparkasse verzichtet auf den Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten zur Absicherung von Risiken.

Die Risikomessverfahren entsprechen den gängigen Standards und richten sich im Rahmen der Proportionalität am Risikogehalt der Positionen aus. Die Verfahren sind geeignet, die Risikotragfähigkeit auch in einem Going-Concern-Ansatz nachhaltig sicherzustellen. Die beschriebenen Risikoziele werden durch die eingesetzten Verfahren messbar, transparent und überprüfbar. Sie passen zur Geschäftsstrategie der Sparkasse. Folglich erachten wir unser Risikomanagementverfahren als angemessen und wirksam.

Lagebericht

ADRESSENAUSFALLRISIKEN

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsverschlechterungen oder des Ausfalls einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine wirtschaftliche Beziehung besteht, Verluste entstehen. Das Ausfallrisiko betrifft sowohl bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten, Wertpapieren und Beteiligungen als auch ggf. nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche, beispielsweise aus derivativen Finanzinstrumenten. Angaben zum Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen enthält der Abschnitt **BETEILIGUNGSRISIKEN**.

Eine Limitierung der Adressenausfallrisiken erfolgt im Kreditgeschäft zunächst durch die Festlegung der Kredithöchstgrenze je Kreditnehmer. Darüber hinaus ist bei Wertpapiereigenanlagen der Erwerb einzelner Wertpapiergattungen durch Limite eingeschränkt. Das Adressenausfallrisiko bei Wertpapieren spiegelt sich nach unserer Einschätzung grundsätzlich im Kurs wider. Adressenausfall- und Marktpreisrisiken aus Wertpapiergeschäften werden unter den Kursrisiken zusammengefasst (siehe unter **MARKTPREISRISIKEN**).

Wir begrenzen das Adressenausfallrisiko durch eine sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner. Ferner werden die wesentlichen Engagements laufend hinsichtlich ihrer Bonitätsentwicklung analysiert, wobei die Sparkasse bei Kreditengagements verschiedene interne Ratingverfahren einsetzt. Der Vorstand wird in einem vierteljährlichen Risikoreport über die Entwicklung der Kreditrisiken sowie die Auslastung der Limite informiert. Für das Kundengeschäft erfolgt ergänzend der Einsatz des periodisch ausgerichteten Kreditportfoliomodells CPV Kompakt. CPV Kompakt simuliert die erwarteten und unerwarteten Verluste mittels einer Value-at-Risk-Berechnung auf einem 99%igen Konfidenzniveau und einer 250tägigen Haltedauer. Bei wesentlichen Veränderungen der Risikolage erfolgt die Unterrichtung der Geschäftsleitung kurzfristig im Rahmen der ad-hoc-Berichterstattung. Die Risiken aus Geldmarktgeschäften sind durch volumenbezogene Limite begrenzt.

Die Ermittlung der Risikovorsorge erfolgt gemäß den handelsrechtlichen Vorgaben. Die Entscheidung zur Bildung von Risikovorsorge basiert auf der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und insbesondere der nachhaltigen Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers. Bei der Höhe der im Einzelfall zu bildenden Wertberichtigung orientiert sich die Sparkasse an dem nicht durch Sicherheiten gedeckten Forderungsteil. Diesbezüglich erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten hinsichtlich ihres voraussichtlichen Realisationswertes. Die Geschäftsprozesse im Zusammenhang mit der Bildung von Risikovorsorge sowie ihre kompetenzgerechte Genehmigung sind in einer Arbeitsanweisung geregelt. Die Kreditengagements werden anlassbezogen dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Die Risikovorsorge für bereits wertberichtigte Kreditengagements wird monatlich überprüft und ggf. angepasst. Der Gesamtvorstand wird ab einem erkannten Risikovorsorgebedarf von 50 Tsd. € sofort informiert. Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben.

Die positive konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2016 hat tendenziell zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation vieler Kreditnehmer geführt. Nach dem Urteil der Internen Revision sind die erkannten Risiken durch entsprechende Wertberichtigungen auf Forderungen ausreichend gedeckt.

Das Kreditportfolio der Sparkasse einschließlich der Beteiligungen und offener Zusagen setzt sich aus folgenden Kreditnehmerarten zusammen:

Kreditnehmer / Kreditart	Anteil in %
Inländische Privatpersonen	28,9
Inländische Unternehmen / Selbstständige	43,6
Ausländische Kunden	0,6
Öffentliche Haushalte	1,5
Kreditinstitute	0,7
Wertpapiere	23,6
Beteiligungen	1,1

Lagebericht

Die Branchenverteilung der Kreditnehmergruppe Unternehmen / Selbstständige:

Branche	Anteil in %
Land- und Forstwirtschaft	1,2
Energie- und Wasserversorgung	3,9
Verarbeitendes Gewerbe	11,0
Baugewerbe	10,4
Handel und Instandhaltung	11,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	7,8
Gastgewerbe	1,6
Dienstleistungen für Unternehmen	5,8
Beratung, Planung, Sicherheit	6,5
Öffentliche und private Dienstleistungen	1,9
Gesundheit und Soziales	3,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	22,5
Bauträger	1,1
Organisationen ohne Erwerbszweck	1,5
Sonstiges (z.B. Privatiers / Rentiers)	8,8

Zur bonitätsmäßigen Klassifizierung der Kundenkredite verwendet die Sparkasse vorrangig die Ratingverfahren der S-Finanzgruppe: Sparkassen-Standardrating, Immobiliengeschäfts-Rating, Kunden-Kompakt-Rating sowie Landesbankenratings und Kundenscoring. Der Kundenkreditbestand verteilt sich auf die Ratingklassen wie folgt:

Ratingklassen	Anteil in %*	
	2016	2015
1 – 6	70,1	72,4
7 - 12	24,6	22,3
13 – 15	3,3	2,6
16 - 18	2,0	2,7

*bezogen auf das geratete Kreditvolumen

Ca. 40 % der Ausleihungen im Kundengeschäft entfällt auf Privatpersonen. Ferner wurde mehr als die Hälfte der Kundenkredite für Zwecke des Wohnungsbaus vergeben. Bei den gewerblichen Krediten liegt eine ausgewogene Branchenverteilung vor. Der auf dem Dienstleistungssektor liegende Schwerpunkt weist aufgrund einer weitergehenden Diversifizierung innerhalb der Hauptbranche kein signifikantes Konzentrationsrisiko auf. Die innerhalb des Dienstleistungssektors bedeutende Branche Grundstücks- und Wohnungswesen ist auf Grundlage der analysierten Bonitäts- und Granularitätsstruktur ebenfalls nicht mit einem nennenswerten Konzentrationsrisiko behaftet. Der Anteil der mit bonitätsschwachen Ratings eingestuften Kreditnehmer ist als moderat zu bezeichnen. Nennenswerte Verschlechterungen der Risikolage sind aus der Ratingstruktur nicht abzuleiten. Strukturelle Risiken des Kreditgeschäfts sind daher aktuell und zukünftig als niedrig einzustufen. Mit Blick auf die einzelnen Kreditengagements erwarten wir für das laufende Jahr einen moderaten Bewertungsaufwand.

Für Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft bestand ein Limit von 8,5 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 16 % des Risikodeckungspotenzials und ca. 28 % der Gesamtlimite aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten. Bezogen auf das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft sind ebenfalls keine erhöhten Risiken zu erkennen.

Lagebericht

Zur bonitätsmäßigen Klassifizierung der Wertpapiere des Eigengeschäfts verwendet die Sparkasse die Ratingverfahren von Standard & Poors (S&P). Der Wertpapierbestand verteilt sich auf die Ratingklassen wie folgt:

Ratingklassen	Anteil in %*	
	2016	2015
AAA – A	83,8	83,8
BBB	0,9	7,2
BB und schlechter	5,8	---
ohne Rating	9,5	9,0

*bezogen auf den gesamten Wertpapiereigenbestand

Die Anlagen ohne Rating setzen sich hauptsächlich aus drei vornehmlich in Europa investierenden Immobilienfonds zusammen.

Die Ausfallrisiken im Wertpapiersektor sind durch die in den Vorjahren durchgeföhrten Bewertungsmaßnahmen abgeschirmt. Die Ratings deuten nicht auf nennenswerte Ausfallrisiken hin. In Anleihen von Emittenten aus wirtschaftlich schwachen Staaten des Euro-Währungsraumes ist die Sparkasse nicht engagiert. Die Limitierung der Ausfallrisiken von Wertpapieren in Form von Bonitäts- und Spreadrisiken sowie die Risikoberichterstattung erfolgen im Rahmen der Kursrisiken (siehe Abschnitt MARKTPREISRISIKEN).

MARKTPREISRISIKEN

Marktpreisrisiken sind mögliche Ertragseinbußen, die sich aus der Veränderung der Marktpreise für Wertpapiere und Devisen, aus Schwankungen des Zinsniveaus und aus den daraus resultierenden Preisveränderungen ergeben. Zusätzliche Marktrisiken liegen in Positionen, deren Marktgängigkeit begrenzt ist. Alle Marktpreisrisiken können bei handelsrechtlicher Betrachtung zum Bewertungsstichtag 31. Dezember zu Abschreibungen oder am Realisationstag zu realisierten Verlusten führen. Wesentliche und einer Limitierung unterliegende Marktpreisrisiken der Sparkasse sind das Kursrisiko und das Zinsänderungsrisiko. Ferner können Sachwerte wie Immobilien und Sicherungsgüter von Marktpreisrisiken betroffen sein.

Für den Wertpapierbereich werden zur Ermittlung des erwarteten Kursrisikos Abschreibungen und für verzinsliche Wertpapiere erwartete Kursrückgänge auf Grund des Pull-to-par-Effektes sowie das Bonitätsrisiko angesetzt. Das erwartete Abschreibungsrisiko ergibt sich auf Basis der Tageskurse des Bewertungsstichtages aus der Anwendung SimCorp Dimension (SCD). Für Fondsinvestments erfolgt die Ermittlung des erwarteten Verlustes auf Basis des Rücknahmepreises bzw. des Börsenkurses aus SCD. Die Ermittlung des Bonitätsrisikos erfolgt unter Verwendung ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Der Gesamtwert aus Marktpreis-, Spread- und Bonitätsrisiko nach Durchführung eines Ratingshifts sowie dem bei der Rückgabe von Fondsanteilen ggf. anfallenden Rücknahmeabschlag ergeben – vermindert um den Wert des erwarteten Risikos – das unerwartete Risiko. Die Quantifizierung des Marktpreisrisikos erfolgt mittels einer Value-at-Risk-Berechnung auf einem 99 %igen Konfidenzniveau, einem 500-tägigen Betrachtungszeitraum und einer 250-tägigen Haltedauer in SCD. Die Ermittlung des Spreadrisikos erfolgt ratingbasiert mittels der Anwendung SCD. Für den Spezialfonds erfolgt die Risikoberechnung auf Basis der einzelnen im Fondsvermögen enthaltenen Wertpapiere (Durchschauprinzip). Die im Bestand befindlichen Immobilienfonds werden auf Basis der Fondspreishistorie in die Value-at-Risk-Berechnung einbezogen. Die Ergebnisse der Risikoprognosen aus SCD werden einer regelmäßigen Plausibilitätskontrolle unterzogen. Zusätzlich hat die Sparkasse im Rahmen ihrer Geschäfts- und Risikostrategie volumenbezogene bzw. prozentuale Limite für Wertpapieranlagen festgelegt, über deren Auslastung der Geschäftsleitung monatlich berichtet wird. Der Vorstand wird innerhalb der vierteljährlichen Gesamtrisikoberichterstattung sowie einer gesonderten monatlichen Risikoberichterstattung über die Kursrisiken sowie die Auslastung der Limite informiert.

Das Zinsänderungsrisiko wird vorrangig im Hinblick auf die Auswirkung auf die Zinsspanne untersucht. Es umfasst das Festzinsrisiko und das variable Zinsänderungsrisiko. Das Festzinsrisiko betrifft offene Festzinspositionen, denen keine fristenkongruente festverzinsliche Refinanzierung gegenübersteht. Insbesondere bei großen Festzinsblöcken auf Aktiv- und Passivseite mit unterschiedlichen zeitlichen Strukturen kann das Festzinsrisiko erhebliche Auswirkungen auf den Zinsüberschuss und die Zinsspanne haben. Das variable Zinsänderungsrisiko kennzeichnet die Gefahr, dass die Zinsspan-

Lagebericht

ne variabel verzinslicher Geschäfte bei Marktzinsänderungen aufgrund unterschiedlicher Zinsanpassungselastizitäten auf der Aktiv- und Passivseite sinkt. Das Zinsänderungsrisiko wird vierteljährlich überwacht.

In vierteljährlichen Prognoserechnungen, die unterschiedliche Zins- und Bestandsszenarien umfassen, wird das periodische Zinsänderungsrisiko berechnet und der Geschäftsleitung zur Kenntnis gegeben. Ergänzend misst die Sparkasse die Zinsänderungsrisiken barwertig. Die Sparkasse steuert das Zinsänderungsrisiko durch einzelne bilanzielle Maßnahmen.

Bewertungsmaßnahmen betrafen im Jahr 2016 verschiedene Einzelwerte der Sparkasse. Die Bewertungsmaßnahmen bei Schuldverschreibungen waren überwiegend zinsinduziert und fielen gegenüber dem Vorjahr geringer aus. Das Bewertungsergebnis fiel insgesamt schwächer als im Vorjahr aus, blieb jedoch deutlich positiv. Die weiterhin anhaltenden Unsicherheiten auf den Finanzmärkten können sich zukünftig erneut negativ auf die Risiko- und Liquiditätsabschläge bei den Wertpapierkursen einzelner Gattungen oder Emittenten auswirken. Aufgrund der Struktur des Wertpapierportfolios und der Emittentenauswahl bestehen aus Sicht der Sparkasse derzeit keine hohen Kursrisiken. Das zum Jahresanfang bestehende Limit für Kursrisiken betrug 14,5 Mio. € und wurde unterjährig auf 17,0 Mio. € erhöht. Das Limit beträgt ca. 32 % des Risikodeckungspotenzials und ca. 56 % der Gesamtlmitte aller Risikokategorien. Limitüberschreitungen ergaben sich nicht.

Eine bedeutende Beeinträchtigung der Ertragslage durch Zinsänderungsrisiken ist in der einjährigen Risikotragfähigkeitssicht aufgrund der Zinsbindungs- und Laufzeitstruktur nicht zu erwarten. Die Zinsspannenrisiken haben sich im Berichtsjahr für die regulären und Zinsschockszenarien nicht erhöht. Auf Grundlage des aufsichtsrechtlich vorgegebenen 200-Basispunkte-Zinsschocks ist die Sparkasse kein Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko. Das für die Risikobewertung ergänzend heranzuhaltende aufsichtsrechtliche Prüfkriterium (gesamte Eigenmittelanforderung nach Art. 92 Abs. 3 CRR zzgl. Barwertminderung infolge des Zinsschocks \geq 95 % der Eigenmittel gemäß Art. 72 CRR) wird weiterhin sehr deutlich erfüllt. Für Zinsspannenrisiken bestand ein Limit von 1 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 2 % des Risikodeckungspotenzials und 3 % der Gesamtlmitte aller Risikokategorien. Zum 31.03.2016 führte eine Marktdatenveränderung in einem Zinsszenario zu einer Limitüberschreitung. Risikoreduzierende Maßnahmen waren nicht erforderlich, das Limit wurde entsprechend angepasst. Weitere Limitüberschreitungen ergaben sich nicht.

LIQUIDITÄTSRISIKEN

Unter dem Liquiditätsrisiko wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass ein Kreditinstitut seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Als wesentliche Teilrisiken hat die Sparkasse das Zahlungsunfähigkeitsrisiko und das Refinanzierungsrisiko eingestuft, wobei auf eine betragliche Quantifizierung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos aus methodischen Gründen verzichtet wird. Das Refinanzierungsrisiko bezeichnet das Risiko erhöhter Refinanzierungskosten.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko steuern wir durch eine tägliche Disposition der liquiden Mittel, eine hohe Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Zudem wird auf Basis der Liquiditätsablaufbilanz vor dem Hintergrund von verschiedenen Szenarien die Survival Period berechnet. Hinweise auf einen kurzfristig bevorstehenden Liquiditätsengpass konnten daraus nicht gewonnen werden. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennzahl lag wie im Vorjahr über den Anforderungen, ebenso die zu berechnende Liquiditätsdeckungsquote. Der Vorstand wird monatlich über die Kennzahlen informiert.

Die Quantifizierung des Refinanzierungsrisikos erfolgt auf Basis von Szenariorechnungen, die aus Sicht der Sparkasse verschlechterte Marktbedingungen (erhöhte Refinanzierungskosten) sowie einen unerwartet hohen Einlagenabfluss darstellen. Das zum Jahresanfang bestehende Limit für Liquiditätsrisiken betrug 1,0 Mio. € und wurde unterjährig auf 2,5 Mio. € erhöht. Es beträgt ca. 5 % des Risikodeckungspotenzials und 8 % der Gesamtlmitte. Limitüberschreitungen ergaben sich nicht. Refinanzierungsrisiken werden im Rahmen der vierteljährlichen Risikotragfähigkeit berücksichtigt.

Neben den täglich verfügbaren Mitteln verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere liquide Mittel in Form von Anlagen bei anderen Kreditinstituten und Wertpapieren, durch die die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sichergestellt ist. Refinanzierungsquellen sind vorrangig die Kundeneinlagen. Daneben bestehen Refinanzierungsmöglichkeiten über Kreditinstitute. Ferner existiert über Offen-

Lagebericht

marktgeschäfte die Möglichkeit zur Kreditaufnahme bei der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank.

Zum 31.12.2016 lag folgende Refinanzierungsstruktur vor:

Refinanzierungsinstrument	Anteil in %
Kundeneinlagen	90,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9,2
Verbindlichkeiten gegenüber der Deutschen Bundesbank / EZB	0,0

Das Liquiditätsrisiko stellt sich unverändert günstig dar. Weder die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennzahlen noch die Survival Period deuten auf einen Liquiditätsengpass hin. Für den größten Teil des Wertpapierportfolios sehen wir die kurzfristige Liquidierbarkeit als gegeben. Umwidmungen in das Anlagevermögen haben wir nicht durchgeführt. Risikobegrenzende Maßnahmen sind derzeit nicht geplant.

OPERATIONELLE RISIKEN

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und Systemen, Rechtsrisiken sowie externer Ereignisse.

Die Risikoerkennung erfolgt durch die Analyse von Fehlern in Arbeitsergebnissen sowie von Systemfehlern und -ausfällen der Datenverarbeitungs- und Informationstechnik. Zielrichtung von Schutzmaßnahmen sind insbesondere die Vermeidung von Ausfällen von Software-, Hardware- und Netzwerkkomponenten, die Datensicherung, der Schutz vor unberechtigten Zugriffen sowie der Schutz von vertraulichen Informationen. Den speziellen Risiken der Datenverarbeitungs- und Informationstechnik haben wir durch Verabschiedung einer Informations-Sicherheitsleitlinie sowie mit der Bestellung eines Informations-Sicherheitsbeauftragten Rechnung getragen.

Darüber hinaus werden die operationellen Risiken im Bereich der internen Prozesse durch die Vorgabe standardisierter Abläufe in Arbeitsanweisungen begrenzt. Juristische Risiken sollen durch die Verwendung von rechtlich geprüften Vertragsformularen vermieden werden.

Schlagend gewordene operationelle Risiken mit Auswirkungen auf die Ertragslage werden datenbankgestützt analysiert. Ferner wird zur Bestimmung des operationellen Risikos eine auf der Risikoinventur basierende Szenarioanalyse herangezogen. Zur Ermittlung des Risikos wird das Jahresverlustpotenzial aus der Szenarioanalyse in Verbindung mit der (unterjährig) aufgelaufenen Jahres-Bruttosumme der in der Schadensfalldatenbank erfassten Schadensfälle angesetzt. Der Vorstand wird im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichterstattung über die Entwicklung der operationellen Risiken informiert.

Im Berichtszeitraum sind keine wesentlichen durch operationelle Risiken begründeten Feststellungen getroffen worden. Hinweise auf Mängel im internen Kontrollsysteem liegen nicht vor. Die Ergebnisse der Risikoinventur deuten nicht auf nennenswerte Risiken hin. Die Gefahr, dass operationelle Risiken die Ertrags- und Vermögenslage erheblich beeinträchtigen können, sehen wir derzeit nicht.

Die Risikolage hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Für operationelle Risiken bestand ein Limit von 1,6 Mio. €. Das Limit beträgt ca. 3 % des Risikodeckungspotenzials und ca. 5 % der Gesamtlimite aller Risikokategorien. Das Risikolimit wurde eingehalten.

BETEILIGUNGSRISIKEN

Beteiligungen geht die Sparkasse fast ausschließlich im Rahmen von Gemeinschaftsaufgaben der Sparkassen-Finanzgruppe, sowie in geringem Umfang aus Gründen der regionalen Wirtschaftsförderung ein. Die gezielte Übernahme von Adressausfallrisiken in Form kreditnaher oder kreditsubstituierender Beteiligungen ist nicht Gegenstand der Geschäftspolitik der Sparkasse. Risiken bestehen im Zusammenhang mit der handelsrechtlichen Bewertung der Beteiligungsunternehmen. Im Rahmen

Lagebericht

der internen Risikoberichterstattung verzichtet die Sparkasse auf eine Limitierung, da der Gesamtbuchwert der Beteiligungen vom Risikodeckungspotenzial abgesetzt wird.

SONSTIGE RISIKEN

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u.a. der RSGV) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der RSGV ist entsprechend seines Anteils verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2016 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden. Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV im Jahr 2009 (0,42 %) aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko hat die Sparkasse in den Vorjahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge gebildet.

Über das vorgenannte Risiko hinausgehende sonstige Risiken von Bedeutung für die Ertrags- und Risikolage sind nach unserer Einschätzung derzeit nicht erkennbar.

GESAMTWERTUNG DER RISIKOLAGE

Nach den genannten Risikocontrollingberichten sowie den Erkenntnissen der Internen Revision sind die Risiken aus dem Geschäftsbetrieb der Sparkasse als moderat einzustufen. Alle Risikolimite wurden bis auf die unter MARKTPREISRISIKEN dargestellte Überschreitung eingehalten.

Größte Risikotreiber der Sparkasse sind das Adressenausfallrisiko im Kundenkreditgeschäft sowie die Marktpreisrisiken aus eigenen Wertpapieren.

Durch die frühzeitige intensive Begleitung der Kreditnehmer konnten die Wertkorrekturen im Kundenkreditgeschäft in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden. Die insgesamt gute Risikolage führte dazu, dass das Bewertungsergebnis im mehrjährigen Zeitvergleich unterdurchschnittlich war. Die wesentlichen Risikoindikatoren einschließlich der konjunkturellen Erwartungen deuten auf eine in etwa gleich bleibende Risikolage hin.

Die Marktpreisrisiken können im laufenden Jahr angesichts aktueller geopolitischer Entwicklungen sowie durch ein Wiederaufleben der europäischen Schuldenkrise zunehmen. Diese Szenarien werden von der Sparkasse weiterhin als eher unwahrscheinlich eingestuft. Damit ist vorerst nicht von möglichen höheren Bonitäts- und Liquiditätsabschlägen einzelner Emittenten und Gattungen auszugehen. Da auch die Wahrscheinlichkeit für deutlich steigende Zinsen an den Geld- und Kapitalmärkten gering ist, sind nennenswerte zinsinduzierte Kursabschläge nicht zu erwarten. Das anhaltende Niedrigzinsniveau wird sich weiterhin ungünstig auf die Erträge aus dem zinsgebundenen Kunden- und Eigengeschäft auswirken.

Die finanziellen Auswirkungen operationeller Risiken betrachtet die Sparkasse als untergeordnet. Ebenso sind keine Anzeichen erkennbar, die das Liquiditätsrisiko nennenswert erhöhen.

Generell bietet der Verzicht auf komplexe Geschäftsstrukturen sowie die gute Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse ausreichenden Schutz vor möglichen bestandsgefährdenden Risiken. Darüber hinaus hat die Sparkasse aufgrund ihrer guten Risikotragfähigkeit die Möglichkeit, Risiken in einem vertretbaren Umfang bewusst einzugehen.

Lagebericht

PROGNOSEBERICHT

Die folgenden Einschätzungen betreffen das Geschäftsjahr 2017 und haben Prognosecharakter. Darauf können die tatsächlich in der Zukunft eintretenden Ereignisse von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes getroffenen Annahmen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen. Aus dem vorangegangenen Abschnitt CHANCEN- UND RISIKOBERICHT ist zu entnehmen, dass die Sparkasse über angemessene Instrumente und Prozesse verfügt, um die Abweichungen von den Erwartungen zu erkennen, zu analysieren und ggf. steuernd einzugreifen.

Im Kreditgeschäft streben wir neue Ausleihungen durch den Ausbau gut einschätzbarer Kundenbeziehungen im Kreditgeschäft an. Ferner gehen wir davon aus, dass sich Wettbewerber aufgrund der Regulierungsanforderungen von Risikoaktiva trennen werden, wodurch sich Akquisitionschancen ergeben können. Wir erwarten eine Bestandsentwicklung auf dem aktuellen Niveau.

Die strukturierte, am unmittelbaren Bedarf unserer Kunden orientierte Beratung der Sparkasse bleibt zentrales Element der Kundenbindung. Auf der Einlagenseite kann die Sparkasse weiter mit einem Zuwachs an täglich fälligen Einlagen rechnen, wobei hohe Sichteinlagenzuwächse sowie ein Zugang von großen täglich fälligen Einzeleinlagen aufgrund der Zinssituation zunehmend zu einer Belastung für die Ertragslage werden können sowie neue Herausforderungen an die Steuerung des Zinsänderungs- und Liquiditätsrisikos stellen. In diesem Zusammenhang kann die Bepreisung großer Einlagevolumina gewerblicher Anleger erforderlich werden.

Je nach Umfang des Einlagenzuwachses wird sich auch das Eigengeschäft entsprechend entwickeln. Es ist davon auszugehen, dass sich die Bilanzsumme bis Ende 2017 gegenüber dem Jahresabschluss 2016 leicht erhöhen wird.

Die Entwicklung der Zinsspanne wird maßgeblich von der Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen geprägt sein. In unserer Geschäftsplanung gehen wir im Prognosezeitraum von einem anhaltend niedrigen Zinsniveau aus. Diese Entwicklung wird zu einer weiteren Belastung des Zinsüberschusses führen, der voraussichtlich deutlich unter dem Ergebnis des Berichtsjahres liegen wird. Der Provisionsüberschuss wird sich nach unseren Annahmen auf dem Niveau des Jahres 2016 bewegen.

Hinsichtlich des Verwaltungsaufwandes gehen wir im Personalbereich von leicht steigenden Belastungen aufgrund von Tarifsteigerungen aus. Die Mitarbeiterzahl wird sich geringfügig reduzieren. Der Sachaufwand dürfte sich leicht über dem Niveau des Vorjahres bewegen. Der Verwaltungsaufwand wird sich somit insgesamt geringfügig erhöhen.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft wird voraussichtlich aufgrund der im Risikobericht dargestellten Lage ein im mehrjährigen Zeitvergleich durchschnittliches Niveau haben und somit über dem Wert des Berichtsjahres liegen. Der im Jahr 2016 atypisch positive Wert wird voraussichtlich nicht mehr erreicht. Wir erwarten ein leicht negatives Bewertungsergebnis. Aufgrund der im CHANCEN- UND RISIKOBERICHT beschriebenen Lage am Geld- und Kapitalmarkt rechnen wir nicht mit nennenswerten Abschreibungen auf die Kurswerte unserer im Eigenbestand gehaltenen Wertpapiere. Ferner gehen wir für unser Wertpapierportfolio nicht von wesentlichen bonitäts- und liquiditätsbedingten Bewertungsmaßnahmen aus. In Anleihen von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten des Euro-Währungsraumes ist die Sparkasse nicht engagiert.

Eintretende Abweichungen von den diesen Erwartungen zugrunde liegenden Annahmen dürften den prognostizierten Geschäftsverlauf der Sparkasse im Planungszeitraum grundsätzlich nicht gravierend beeinflussen. Insgesamt rechnen wir im Jahr 2017 zwar mit einem rückläufigen, im Branchenvergleich jedoch weiterhin überdurchschnittlichen Betriebsergebnis. Vor allem aufgrund der Zinssituation, aber auch wegen weiterer regulatorischer Belastungen ist in den nächsten Jahren insgesamt von einem kontinuierlichen und deutlichen Ertragsrückgang auszugehen. Die ausgewogene Finanzlage der Sparkasse wird sich voraussichtlich nur wenig verändern. Der erwartete Betriebsüberschuss dürfte weiterhin eine angemessene Dotierung der Rücklagen und Vorsorgereserven ermöglichen. Hinsichtlich des Aufbaus der Vorsorge für die Erste Abwicklungsanstalt verweisen wir auf den CHANCEN- UND RISIKOBERICHT.

Lagebericht

Die steigenden Kapital- und Liquiditätsanforderungen für Kreditinstitute („Basel III“) werden sich teilweise spürbar auf die Geschäftstätigkeit der Sparkasse auswirken. Während die Sparkasse die neuen Eigenkapitalanforderungen bereits heute erfüllt, werden durch die Liquiditätsanforderungen die Möglichkeiten, langfristige Kredite zu vergeben, voraussichtlich eingeschränkt.

Wermelskirchen, den 17. März 2017

Der Vorstand

Jahnke

Schumacher

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016

der

Stadtsparkasse
Wermelskirchen

Sitz

Telegrafenstr. 5-9, 42929 Wermelskirchen

eingetragen beim Amtsgericht

Köln

Register Nr.

A 15991

Land

Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk

Köln

	Euro	Euro	Euro	31.12.2015 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		5.033.318,30		5.558
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		4.492.346,37		6.303
			9.525.664,67	11.862
2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-		-
			-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		881.871,35		10.206
b) andere Forderungen		5.178.356,56		5.178
			6.060.227,91	15.384
4. Forderungen an Kunden				
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	205.264.504,36 Euro			(203.473)
Kommunalkredite	22.120.479,79 Euro			(21.013)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere		-,-		-
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: belehbar bei der Deutschen Bundesbank		-,- Euro		(-,-)
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: belehbar bei der Deutschen Bundesbank		-,- Euro		(-,-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		-,-		-
ba) von öffentlichen Emittenten		25.392.801,37		30.381
darunter: belehbar bei der Deutschen Bundesbank		25.251.500,00 Euro		(30.381)
bb) von anderen Emittenten		103.011.654,01		92.136
darunter: belehbar bei der Deutschen Bundesbank		102.488.835,00 Euro		122.517
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-		(92.136)
Nennbetrag		-,- Euro		-
			128.404.455,38	122.517
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand				
7. Beteiligungen				
darunter:				
an Kreditinstituten		-,- Euro		(-,-)
an Finanzdienstleistungsinstituten		-,- Euro		(-,-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				
darunter:				
an Kreditinstituten		-,- Euro		(-,-)
an Finanzdienstleistungsinstituten		-,- Euro		(-,-)
9. Treuhandvermögen				
darunter:				
Treuhandkredite	6.842.828,50 Euro			(7.025)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				
		-,-		-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizzenzen an solchen Rechten und Werten		-,-		-
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		-,-		-
		-,-		-
12. Sachanlagen				
		2.028.252,72		2.491
13. Sonstige Vermögensgegenstände				
		1.009.369,42		607
14. Rechnungsabgrenzungsposten				
		54.934,72		67
15. Aktive latente Steuern				
		-,-		-
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung				
		-,-		-
Summe der Aktiva			664.838.366,01	647.722

Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2015 Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		5.000.000,00		-
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		43.528.543,84		43.329
		48.528.543,84		43.329
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		120.930.561,22		137.604
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		87.288.824,64		72.454
		208.219.385,86		210.058
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		228.814.396,55		202.971
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		40.877.687,95		57.948
		269.692.084,50		260.919
		477.911.470,36		470.977
3. Verbrieftete Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		-,-		-
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-		-
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			(-)
		-,-		-
3a. Handelsbestand				
		-,-		-
4. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter:				
Treuhandkredite	6.842.828,50 Euro			7.025
				(7.025)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				
		176.163,69		436
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
		185.080,77		240
6a. Passive latente Steuern				
		-,-		-
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.120.405,00		7.058
b) Steuerrückstellungen		-,-		183
c) andere Rückstellungen		2.327.003,04		2.199
		9.447.408,04		9.440
8. Sonderposten mit Rücklageanteil				
		-,-		-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				
		-,-		-
10. Genussrechtskapital				
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro			(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- Euro			(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	34.825.270,02			34.711
cb) andere Rücklagen	-,-	34.825.270,02		34.711
d) Bilanzgewinn	111.600,79	111.600,79		115
			34.936.870,81	34.825
Summe der Passiva			664.838.366,01	647.722
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		8.273.353,98		10.209
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-		-
		8.273.353,98		10.209
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		23.350.486,64		17.846
			23.350.486,64	17.846

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2015 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	14.462.617,98			15.906
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen				
aus Geldanlagen	1.457,16	Euro		(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren				
und Schuldbuchforderungen	1.517.175,70			1.586
				17.492
2. Zinsaufwendungen				
darunter:				
aus der Aufzinsung von				
Rückstellungen	433,20	Euro		(2)
abgesetzte positive Zinsen				
aus Geldaufnahmen	31.001,35	Euro		(-)
				13.169.258,85
				13.960
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	802.052,76			801
b) Beteiligungen	149.489,18			186
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	-,--			-
				951.541,94
				987
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				
5. Provisionserträge	4.769.611,52			4.413
6. Provisionsaufwendungen	155.464,80			135
				4.614.146,72
				4.279
7. Nettoertrag des Handelsbestands	-,--			-
8. Sonstige betriebliche Erträge				
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	-,--	Euro		(0)
aus der Abzinsung von				
Rückstellungen	94.151,00	Euro		(-)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	-,--			-
				19.571.266,39
				19.614
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	5.910.210,03			5.856
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für				
Altersversorgung und für Unterstützung	1.693.280,40			1.721
darunter: für Alters- versorgung	648.096,61	Euro		(662)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	3.675.360,53			3.344
				11.278.850,96
				10.920
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
darunter:				
aus der Fremdwährungs- umrechnung	170,70	Euro		(0)
aus der Aufzinsung von				
Rückstellungen	285.980,07	Euro		(930)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	-,--			-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	764.717,03			1.249
				764.717,03
				1.249
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	-,--			-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	11.967,44			12
				11.967,44
				12
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	5.360.000,00			4.780
20. Außerordentliche Erträge	2.643.488,31			2.912
21. Außerordentliche Aufwendungen	-,--			-
22. Außerordentliches Ergebnis	-,--			-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.514.172,18			2.780
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	17.715,34			17
				2.531.887,52
				2.797
25. Jahresüberschuss	111.600,79			115
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	-,--			-
				111.600,79
				115
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	-,--			-
a) aus der Sicherheitsrücklage	-,--			-
b) aus anderen Rücklagen	-,--			-
				111.600,79
				115
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen	-,--			-
a) in die Sicherheitsrücklage	-,--			-
b) in andere Rücklagen	-,--			-
				111.600,79
				115
29. Bilanzgewinn	-,--			-
				111.600,79
				115

Anhang zum Jahresabschluss

GRUNDLAGEN DER RECHNUNGSLEGUNG

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Im Jahr 2016 haben wir erstmals negative Zinsen in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert ausgewiesen.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

ALLGEMEINE ANGABEN

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich unverändert beibehalten. Abweichungen von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahrs ergaben sich hinsichtlich der Bilanzposten Aktiva 4 und Passiva 7. Im Einzelnen haben wir die Abweichungen bei den Angaben zu den entsprechenden Posten erläutert. Für den Jahresabschluss 2016 waren erstmals die Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 23.07.2015 zu beachten. Aufgrund von § 284 Abs. 1 HGB ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Abweichungen in der Reihenfolge der Angaben zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER AKTIVPOSTEN

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Fälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden wie Vorfälligkeitsentgelte unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Wertpapiere

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) haben wir im Geschäftsjahr nicht geändert. Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert.

Existiert für ein Wertpapier ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Sofern bei einzelnen Wertpapieren kein Börsen- oder Marktpreis (aktiver Markt) vorlag, wurde der beizulegende Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Dabei haben wir insbesondere die von unserem Dienstleister zur Verfügung gestellten indikativen Kurse plausibilisiert. Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-) Wert den investmentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt, Rücknahmeabschläge wurden bei der Wertermittlung berücksichtigt. Bei Fonds mit einer ausgesetzten Anteilscheinrücknahme wurde der Börsenkurs zur Wertermittlung herangezogen.

Beteiligungen

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauerhafter

Anhang zum Jahresabschluss

und vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Sachanlagen

Die Sachanlagen werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 € werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 410 € werden diese Vermögensgegenstände im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Vermögensgegenstände über 410 € werden über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Aktive latente Steuern

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

BILANZIERUNG UND BEWERTUNG DER PASSIVPOSTEN

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Hierzu haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Für bestimmte Gruppen von Rückstellungen haben wir auch bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Die Abzinsung erfolgt mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,0% und Rentensteigerungen von 2,0% unterstellt. Der Abzinsung der Pensionsrückstellungen wurde ein auf das Jahresende 2016 prognostizierter Durchschnittzinssatz von 4,0% zugrunde gelegt. Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert der sich gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz weiter stetig. Aus diesem Grund erfolgte mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung von handelsrechtlichen Vorschriften eine Verlängerung des Bezugszeitraums für die Ermittlung des durchschnittlichen Abzinsungssatzes von sieben auf zehn Jahre. Aus der geänderten Abzinsungsvorschrift ergibt sich insgesamt eine verminderte Erhöhung der Pensionsrückstellungen um 712 Tsd. € (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB), die die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entsprechend gemindert hat.

Anhang zum Jahresabschluss

Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden in Anwendung von § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet.

BEWERTUNG DES ZINSBEZOGENEN BANKBUCHS (ZINSBUCHS)

Zinsbezogene Finanzinstrumente unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

AUSWEIS IN DER BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG SOWIE IM ANHANG

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit auch im Anhang. Dabei wurden die Erträge und Aufwendungen für bankgeschäftliche Sachverhalte unter dem Zinsergebnis und für sonstige Sachverhalte unter den sonstigen betrieblichen Erträgen sowie sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Der Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Die zu den Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

UMRECHNUNG VON FREMDWÄHRUNGSPOSTEN

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in € umgerechnet. Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte bestanden nicht.

Zum Stichtag bestanden ausschließlich in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei diesen Geschäften handelt es sich um Währungspositionen von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Anhang zum Jahresabschluss

SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

AKTIVA

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

	€	€ i.Vj.
Forderungen an die eigene Girozentrale	881.917,45	10.205.700,59

Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	€
Bis 3 Monate	0,00
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5.000.000,00
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,00
Mehr als 5 Jahre	0,00

Im Unterposten b) - andere Forderungen – sind enthalten:

	€	€ i.Vj.
Nachrangige Forderungen	5.178.356,56	5.178.356,56

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	€	€ i.Vj.
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.652.665,80	4.653.100,81
Nachrangige Forderungen	33.159,62	64.928,72

Der Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	€
Bis 3 Monate	8.097.861,14
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	29.522.809,26
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	116.332.681,04
Mehr als 5 Jahre	288.790.655,80
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	16.884.350,13

Bei der Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen hat die Sparkasse auf den Abschlag von 40% auf den durchschnittlichen Forderungsausfall der Vorjahre verzichtet, wodurch sich die Pauschalwertberichtigungen erhöhen. Der Effekt aus der Bewertungsänderung beträgt 60,9 Tsd. €.

Anhang zum Jahresabschluss

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

	€
Beträge, die bis zum 31.12.2017 fällig werden	42.048.300,00

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	€
Börsennotiert	95.710.205,00
Nicht börsennotiert	32.030.130,00

Alle in diesem Posten erfassten Wertpapiere sind dem Umlaufvermögen zugeordnet.

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	€
Börsennotiert	0,00
Nicht börsennotiert	9.622.071,90

Die Sparkasse ist alleinige Anteilsinhaberin an folgendem inländischen Sondervermögen im Sinne des § 1 Abs. 10 Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB).

	Buchwert Mio. €	Marktwert Mio. €	Differenz Buchwert zu Marktwert Mio. €	Ausschüttung 2016 Mio. €	Tägl. Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen Mio. €
Spezialfonds	28,6	32,9	4,4	0,4	ja	0,0

Es handelt sich um einen Mischfonds mit internationaler Ausrichtung. Ziel ist die Erwirtschaftung einer regelmäßigen Rendite.

Alle in diesem Posten erfassten Wertpapiere sind dem Umlaufvermögen zugeordnet.

Aktiva 7 - Beteiligungen

Angaben zu Unternehmen im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB, soweit diese nicht von untergeordneter Bedeutung sind

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Tsd. €
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	Düsseldorf	0,38	879.021,4

Anhang zum Jahresabschluss

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12 - Sachanlagen

In diesem Posten sind zum 31.12.2016 enthalten:

	€
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	1.249.071,34
Betriebs- und Geschäftsausstattung	458.096,50

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von 23.104,72 € (i. Vj. 34.518,96 €) enthalten.

Aktiva 15 – Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbelastungs- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und eines Gewerbesteuersatzes von 15,54 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Forderungen an Kunden sowie Rückstellungen. Passive latente Steuern sind von untergeordneter Bedeutung. Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 297.144,41 €.

Anhang zum Jahresabschluss

Entwicklung des Anlagevermögens

	Sachanlagen	€
Entwicklung der Anschaffungs- / Herstellungskosten	Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	14.759.895,77
	Zugänge	77.254,04
	Abgänge	584.648,51
	Umbuchungen	0,00
	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	14.252.501,30
Entwicklung der kumulierten Abschreibungen	Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	12.268.614,54
	Abschreibungen im Geschäftsjahr	525.715,25
	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	4.189,51
	Änderung der gesamten Abschreibungen	0,00
	im Zusammenhang mit Zugängen	0,00
	im Zusammenhang mit Abgängen	-574.270,72
Buchwerte	im Zusammenhang mit Umbuchungen	0,00
	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	12.224.248,58
	Stand am 01.01. des Geschäftsjahres	2.491.281,23
	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	2.028.252,72

Der Bilanzwert der Beteiligungen beträgt zum 31.12. des Geschäftsjahres 8.412.240,44 € (Vj. 7.874.370,21 €). Die Nettoveränderung der Beteiligungen beträgt +537.870,23 €. Der Bilanzwert der Sonstigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens beträgt zum 31.12. des Geschäftsjahres 6.250,00 € (Vj. 6.250,00 €). Die Nettoveränderung der Sonstigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens beträgt 0,00 €.

PASSIVA

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

	€	€ i.Vj.
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	5.000.000,00	0,00

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	€
Bis 3 Monate	746.136,50
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	2.197.086,52
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	20.309.637,71
Mehr als 5 Jahre	19.961.824,15

Anhang zum Jahresabschluss

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	€
Bis 3 Monate	1.100.249,25
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	82.830.475,06
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.323.347,65
Mehr als 5 Jahre	14.987,90

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	€
Bis 3 Monate	2.987.472,22
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	9.980.841,25
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	27.319.374,78
Mehr als 5 Jahre	230.329,63

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 183.366,11 € (i. Vj. 235.807,07 €) enthalten.

Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und deren Ansatz nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum 31.12.2016 712.130,00 €. Dieser Betrag unterliegt der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 S. 2 HGB.

Gesamtbetrag der Schulden in Fremdwährung

Die auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten betragen insgesamt 297.144,41 €.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSSTRICH

Eventualverbindlichkeiten

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditmanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Anhang zum Jahresabschluss

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

VERBINDLICHKEITEN, FÜR DIE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGEN SIND

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten aus Weiterleitungsdarlehen 33.206.904,97 €

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHUNG

Zinsaufwendungen

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. der Änderung des Diskontierungssatzes von Rückstellungen in Höhe von 433,20 € (i. Vj. 2.353,33 €) enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

In dem Posten sind Erträge aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen in Höhe von 94.151,00 € (i. Vj. 0,00 €) enthalten.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

In dem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen in Höhe von 285.980,07 € (i. Vj. 929.611,79 €) enthalten.

SONSTIGE ANGABEN

Nicht in der Bilanz enthaltene finanzielle Verpflichtungen

Indirekte Haftung für die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u.a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. € und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € zu übernehmen. Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung der RSGV modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. € als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächliche liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. € unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2016 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Anhang zum Jahresabschluss

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsduer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Die Sparkasse ist verpflichtet, für dieses Risiko über einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge zu bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (0,42%). Zum 31.12.2016 beträgt der Anteil 0,38%.

Die im Zuge der Übernahme der Ausgleichsverpflichtungen vereinbarte Überprüfung des Vorsorgebedarfs im Jahr 2016 hat ergeben, dass die Voraussetzungen für eine Aussetzung zum 31.12.2015 erfüllt waren. Neben dem Erreichen des vereinbarten kumulierten Mindestvorsorgevolumens lässt der Abwicklungsplan der Erste Abwicklungsanstalt derzeit erwarten, dass ein Verlustausgleich nicht zu leisten sein wird. Die Aussetzung erfolgte unbefristet, wird jedoch regelmäßig überprüft.

Die bis zum 31.12.2014 gebildete Vorsorge von 1,9 Mio. € in Form der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bleibt von der Aussetzung unberührt.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 01.03.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2016 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2017 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind.

Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitaldecktes Verfahren werden zzt. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2015 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 26 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betrugen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 4,9 Mio. € im Jahr 2016 0,4 Mio. €. Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2016 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, ist es gemäß IDW RS HFA 30 für Zwecke der Anhangangaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB anteilig in Abzug zu bringen. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag auf 7,0 Mio. €. Der dabei berücksichtigte Vermögensdeckungsgrad beträgt 27,2 %.

Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2016 verwendet. Aufgrund der Änderung von § 253 Abs. 2 S. 1 HGB durch das „Gesetz zur Umsetzung der Immobilienkreditrichtlinie und zur Ände-

Anhang zum Jahresabschluss

“ung handelsrechtlicher Vorschriften“ wurde erstmals der durchschnittliche Marktzins der vergangenen zehn Jahre (im Vorjahr sieben Jahre) zur Abzinsung herangezogen.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr 2016 wurden für den Abschlussprüfer Honorare in Höhe von insgesamt 237 Tsd. € (davon für das Vorjahr 15 Tsd. €) erfasst. Davon entfielen auf die Abschlussprüfungsleistungen 213 Tsd. € (davon für das Vorjahr 15 Tsd. €) und auf andere Bestätigungsleistungen 24 Tsd. €.

Mitarbeiter / -innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	79
Teilzeit- und Ultimokräfte	41
	<u>120</u>
Auszubildende	11
Insgesamt	<u>131</u>

Angaben zu Organmitgliedern

Vorstand

Jahnke, Rainer Vorsitzender
Schumacher, Hans-Jörg

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied: Fleschenberg, Martin **Selbst. Wirtschaftsprüfer und Steuerberater**

Stellvertreter des vorsitzenden Mitgliedes:

Galonska, Norbert 1. stellvertretender Vorsitzender
Schmitz-Mohr, Manfred 2. stellvertretender Vorsitzender

Mitglieder:

Allendorf, Werner	Pensionär
Bilstein, Jochen	Pensionär
Galonska, Norbert	Pensionär
Güntermann, Anja	Beratungsstellenleiterin Lohnsteuerhilfeverein
Hellhammer, Dirk	Sparkassenangestellter
Klein, Hans-Jürgen	Rentner
Schenk, Horst-Walter	Selbständiger Berufsbetreuer
Schmitz-Mohr, Manfred	Rentner
Schneider, Michael	Selbständiger Kaufmann
Seeger, Klaus	Rentner
vom Stein, Andrea	Sparkassenangestellte
Wilke, Karl-Heinz	Kaufmännischer Angestellter

Herr Bürgermeister Rainer Bleek nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates in seiner Funktion als Hauptverwaltungsbeamter teil.

Die gewährten Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) an Mitglieder des Vorstandes betragen 322,0 Tsd. €. Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 37,0 Tsd. € (davon 1,2 Tsd. € Umsatzsteueranteile) gewährt. Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) wurden in Höhe von insgesamt 2.238,0 Tsd. € ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge

Anhang zum Jahresabschluss

von 356,4 Tsd. € gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen von 3.415,1 Tsd. €.

Berichterstattung über die Bezüge und andere Leistungen der Mitglieder des Vorstandes sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstandes

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstandes ist der Verwaltungsrat zuständig. Grundlage für die Bezüge sind die Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstandes bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben der Festvergütung kann dem Mitglied des Vorstandes als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15% des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sind nicht enthalten. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden dem Vorstandsvorsitzenden Herrn Jahnke 299,8 Tsd. € Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er sonstige Vergütungen von 5,2 Tsd. €. Im Geschäftsjahr 2016 wurde dem Vorstandsmitglied Herrn Schumacher 255,8 Tsd. € Festvergütung gezahlt. Darüber hinaus erhielt er eine erfolgsabhängige Leistungszulage von 32,6 Tsd. € sowie sonstige Vergütungen von 8,5 Tsd. €. Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden aufgrund der einkommensteuerrechtlichen Vorschriften ermittelt. Den Mitgliedern des Vorstands wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 601,9 Tsd. € gewährt. Im Falle der Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Jahnke und Herr Schumacher Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von dem jeweiligen Vorstandsmitglied zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Jahnke beträgt bis zum 31.01.2018 50% der festen Bezüge und steigt im Falle einer Wiederbestellung um 5%-Punkte auf 55% an. Der Anspruch von Herrn Schumacher beträgt bis zum 31.05.2018 45% der festen Bezüge und steigt im Falle einer Wiederbestellung regelmäßig um 5%-Punkte auf maximal 55% an.

Die Altersversorgung beträgt maximal 55% der festen Bezüge zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltzahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Jahnke beläuft sich zum 31.12.2016 auf 2.166,8 Tsd. €. Im Jahr 2016 wurden der Pensionsrückstellung 132,6 Tsd. € zugeführt. Der Barwert der Pensionsansprüche von Herrn Schumacher beläuft sich zum 31.12.2016 auf 1.291,0 Tsd. €. Im Jahr 2016 wurden der Pensionsrückstellung 84,2 Tsd. € zugeführt.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschließlich seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag. Außerdem erhalten die zum Jahresbeginn amtierenden ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrates für die Tätigkeit im Verwaltungsrat einen Pauschalbetrag von 1.000 € pro Jahr. Sofern Verwaltungsratsmitglieder umsatzsteuerpflichtig sind, wurden die genannten Bezüge zuzüglich 19% Umsatzsteuer gezahlt.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und –teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr

Anhang zum Jahresabschluss

2016 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Tsd. €	Name	Tsd. €
Allendorf, Werner	2,0	Rehse, Dagmar	0,3
Bilstein, Jochen	2,0	Scheben, Hans-Peter	0,3
Bleek, Rainer	2,8	Schenk, Horst-Walter	2,0
Fleschenberg, Martin	5,5	Schmitz-Mohr, Manfred	2,5
Galonska, Norbert	3,0	Schneider, Michael	3,0
Güntermann, Anja	2,0	Seeger, Klaus	2,0
Hellhammer, Dirk	2,0	vom Stein, Andrea	2,0
Klein, Hans-Jürgen	2,3	Wilke, Karl-Heinz	2,3
insgesamt: 37,0 Tsd. € (inkl. 1,2 Tsd. € Umsatzsteueranteile)			

Angabe der Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften, die durch den Vorstand oder andere Mitarbeiter wahrgenommen werden

Herr Jahnke ist Mitglied des Aufsichtsrates der Provinzial Rheinland Versicherung AG sowie der Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG. Ferner ist Herr Jahnke Mitglied des Verwaltungsrates der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Offenlegung der Angaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen durch Institute

Die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlichen offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen werden auf der Internetseite der Sparkasse (www.sparkasse-wermelskirchen.de) unter der Rubrik Preise und Hinweise / Preise und Leistungen / Offenlegungsbericht veröffentlicht.

Wermelskirchen, den 3. März 2017

Der Vorstand

Jahnke

Schumacher

Länderspezifische Berichterstattung

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS GEMÄSS § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31.12.2016 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgenden Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31.12.2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Stadtsparkasse Wermelskirchen besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands (Erträge / Aufwendungen saldiert) und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 19.571 Tsd. €.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 96.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 2.643 Tsd. €. Die Steuern auf den Gewinn betragen 2.514 Tsd. €. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Stadtsparkasse Wermelskirchen hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Jahresabschluss 2016

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtsparkasse Wermelskirchen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeföhrten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsysteins sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 04.05.2017

PRÜFUNGSSTELLE DES
RHEINISCHEN SPARKASSEN- UND GIROVERBANDES

Vietze
Wirtschaftsprüfer

Diek
Verbandsprüfer